

Für die Verwirklichung der UN Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Gegen den Staatsterrorismus der USA

14.02.2026, 14 Uhr, Potsdamer Platz

Werte Kollegen, Liebe Teilnehmer,

der Überfall auf Venezuela, die Sperrung des venezolanischen Luftraums und die im Vorfeld bereits begonnene Beschlagnahmung von Ölexporten Venezuelas stellen eine neue Qualität von globaler Herrschaftsdurchsetzung durch die USA dar. Weiterhin im Raum stehen die Drohungen gegenüber Kuba, Mexiko und Kolumbien, ihre Beziehungen zu anderen Ländern nach den Vorgaben der USA auszurichten. Sogar dem NATO-Partner Dänemark wurde mit der Annexion Grönlands gedroht. Alle diese Interventionen wurden mit vorgeblich gefährdeter nationaler Sicherheit der USA begründet.

Diese neue Qualität von offener Eskalation ist ein eindeutiger Bruch des Völkerrechts. Die deutsche Bundesregierung hielt sich bis vor kurzem noch zugute, eine werteorientierte Außenpolitik zu verfolgen und den internationalen Verpflichtungen aus der UN-Charta zu folgen. Zu den offensichtlichen Brüchen des Völkerrechts durch die USA aber schweigt die Bundesregierung.

Dieses dröhnende Schweigen wird in der veröffentlichten Meinung als Ausdruck deutscher Abhängigkeit von den USA gedeutet. Dem ist allerdings keineswegs so – genau das Gegenteil wird umgesetzt:

- Im Zuge des Ukrainekriegs wurde die relativ günstigen von Lieferungen von Rohrleitungsgas aus Russland gekappt und stattdessen mit wesentlich teurerem und umweltschädlicheren Frackinggas aus den USA ersetzt. Im Zuge neuerer Handelsvereinbarungen verpflichtete sich die EU sogar, zukünftig fast dreimal so viel US-Frackinggas zu importieren als den Eigenbedarf.
- Die finanzielle Unterstützung für die Ukraine hat haben die USA im Wesentlichen heruntergefahren. Die EU dagegen hat den finanziellen US-Anteil fast vollständig übernommen. Und weiterhin hat sie zugesagt, die vorgesehenen Waffensysteme in den USA zu kaufen.

Wir stellen also fest:

- die USA haben fast jegliche Hemmungen gegenüber völkerrechtswidrigen Interventionen über den Haufen geworfen,
- die Bundesregierung nimmt deren Vorgehen fast kritiklos hin,
- bei der Bombardierung Irans wurde sogar eine gewisse Achtung geäußert, „die USA machten die Drecksarbeit für uns“,
- und gleichzeitig wird die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA ausgeweitet.

Im Vergleich zum Rest der Welt weisen die Volkswirtschaften des NATO-Westen wesentlich geringere Wachstumsraten auf. Dem relativen Rückgang der wirtschaftlichen Dominanz des Westens wird mit gewaltiger Aufrüstung begegnet. Im Falle des Überfalls auf Venezuela und der derzeitigen Beschlagnahmung von Schiffen der Ölversorgung für Kuba war das überwältigende militärische Potential der USA ausschlaggebend. Um ein ähnliches Machtinstrument zur Hand zu haben, hat die Bundesregierung ein drastisches Aufrüstungsprogramm beschlossen, für das um 2030 die Hälfte des Bundeshaushalts verplant ist.

Statt kontrollierter gegenseitiger Abrüstung wurden inzwischen auch das letzte Kontrollprogramm gekündigt, Aufgaben und Mandat der OSZE zur Bedeutungslosigkeit vermindert, im Ukrainekrieg sämtliche jedwede Initiativen zu Friedensverhandlungen sabotiert. Es geht nicht mehr um Verteidigungsfähigkeit – Deutschland soll kriegstüchtig gemacht werden. 1,1 Billionen Sonderschulden werden dafür aufgenommen, während die soziale und physische Infrastruktur zunehmend verfällt.

Die USA sind dafür bekannt, dass sie bei ihrem Hegemoniestreben nach Außen auf militärische Überlegenheit zielen. Wenn es nicht mehr um Verteidigungsfähigkeit gehen soll, sondern um die Kriegstauglichkeit Deutschlands, ahmt die Bundesregierung ihrem Dominator in der NATO nach.

Aufrüstung und Krieg gehen immer zulasten der abhängig Beschäftigten. Was die USA jetzt in der westlichen Hemisphäre durchführen, darf auf keinen Fall zum Vorbild für die bundesdeutsche Außenpolitik werden. Wenn der Kanzler die USA so beschreibt, dass „sie für uns im Iran die Drecksarbeit erledigt“, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann die für Deutschland angestrebte „größte konventionelle Armee Europas“ selbst in der Lage ist, solche Aufgaben zu übernehmen.

Dabei ist das ständige Brechen des Völkerrechts kein neues Phänomen. Wir sahen und sehen das zuletzt im Verhalten der Bundesregierung zum Krieg gegen Gaza und Libanon. Nicht erst seit Oktober 2023 bricht Israel fast sämtliche Normen des Völkerrechts, während die Bundesregierung zum zweitwichtigsten Waffenlieferanten ihres EU-assoziierten Partners aufstieg. Auch die zurzeit gegen Venezuela und Kuba mit Militärgewalt exekutierten extraterritorialen Sanktionen auf internationalen Gewässern führen nur das aus, was in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit seit längerem propagiert wird. Jan Van Aken als Co-Vorsitzender der Linkspartei schlug sogar vor, russische Öltanker in der Ostsee mit deutschen Fregatten zu kapern. Trump setzt also nur jene Akte geplanter Piraterie um, was von der Führung der Bundesrepublik bis in die Linkspartei hinein sich der deutsche Staat bisher noch nicht traut.

Das soll sich nun mithilfe der Sonderschulden bis 2029 ändern. Insbesondere durch Aufrüstung bis zur absoluten Überlegenheit bei maritimen und aeronautischen Offensivwaffen soll Deutschland als stärkste konventionelle Macht eine entsprechende militärische Durchsetzungsfähigkeit erhalten. Das dröhnende Schweigen der führenden Politiker Deutschlands zu den extraterritorialen Sanktionen der USA – aktuell gegen Venezuela und Kuba sowie angedroht gegen Panama, Kolumbien und Mexiko – deutet auf eine „klammheimliche Zustimmung“ hin. Die bereits heute bestehende massive (und angestrebt noch höhere) [konventionelle Überlegenheit allein schon der europäischen NATO-Länder](#) widerspricht ganz offensichtlich jedweder strategischen Not. Eher zielt sie auf eine militärische Fähigkeitslage analog zur gegenwärtigen der USA. Das durch Medien und Politiker künstlich erzeugte Bedrohungsgefühl widerspricht zwar jeder militärischen Faktenlage, soll aber die Umstrukturierung des Sozial- und in einen Aufrüstungsstaat rechtfertigen und die Befürworter von kooperativer Konfliktverhinderung als 5. Kolonne diskreditieren.

Das „Wehret den Anfängen“ bedeutet für uns Gewerkschafter konkret:

- Die IGM hat 2023 auf ihrem [25. Ordentlichen Gewerkschaftstag 2023 beschlossen](#) »Solidarität mit Kuba! US-Wirtschaftsblockade beenden — Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig ausbauen«. Die Bunderegierung aufgefordert, ihrer wiederholt positiven Zustimmung in der UNO-Vollversammlung zur sofortigen Beendigung der US-Blockade »konkrete Taten« folgen zu lassen, »um den aktiven Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba zu entwickeln.« Dadurch könne »ein dauerhafter Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen in Kuba [...] geleistet werden.«¹
- Die [DGB Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg vom 18.01.2026](#) „...begrüßt und unterstützt die Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 3. Januar 2026 und verurteilt die militärische Aggression der USA auf Venezuela und die Verletzung seiner Souveränität.“
- In der IGM wird zurzeit eine Initiative „Gewerkschafter für Kuba“ gegründet.

¹ Tagesprotokoll 24.10.2023 des 25. Ord. Gewerkschaftstages der IG Metall, Seite 78, Antrag G.018; einstimmig angenommen

- Die [Kuba-Flottille](#) ([Nuestra America Flottilla](#)) startet im März, initiiert von Gewerkschaftern. Aufgerufen dazu hat u.a. Internationale des öffentlichen Dienstes (IÖD)/Public Services International (PSI), hier die Region Amerika. Dabei sein wird auch Jeremy Corbyn.

Die deutschen Gewerkschaften haben bis heute stark zur internationalen Solidarität mit den abhängig Beschäftigten in der Welt beigetragen. Die gegenwärtigen massiven Angriffe der USA auf die Souveränität von Ländern der westlichen Hemisphäre sind nur das Vorspiel zur Umwandlung von sanktionsgetragenen Wirtschaftskriegen in mit militärischen Mitteln ausgefochtene Kriege. Die abhängig Beschäftigten sind bereits jetzt und werden zukünftig immer massiver die Leidtragenden sein. Das Bewusstsein hierfür ist unter Gewerkschaftsmitgliedern stark verankert. Die Anfänge für eine internationale Solidarität der abhängig Beschäftigten gegen die Profiteure von Kriegen sind gelegt. Entsprechende öffentlichkeitswirksame Resolutionen tragen zur Meinungsbildung in den Gewerkschaften bei.

Lasst uns daran arbeiten, dass die zentralen Organisationen der abhängig Beschäftigten den kriegsbefördernden Meinungskorridor sprengen und den Widerstand gegen vertragsgesicherte Konfliktverhinderung sichtbar werden lassen.